

A-9 Unsichtbarer Konflikt-Die humanitäre Krise im Sudan

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bremen
Beschlussdatum: 13.06.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Die humanitäre Krise im Sudan

2 Seit April 2023 herrscht im Sudan ein brutaler und weitgehend vergessener Krieg.
3 Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces, SAF)
4 unter der Führung von General Abdel Fattah al-Burhan und der paramilitärischen
5 Rapid Support Forces (RSF) unter Mohammed Hamdan Dagalo, haben das Land
in eine humanitäre Katastrophe gestürzt. Was als Machtkampf zwischen zwei
rivalisierenden Militärfraktionen begann, hat sich zu einem verheerenden,
komplexen und langanhaltenden Konflikt entwickelt, in dem Millionen
Zivilist:innen zwischen die Fronten geraten. [1]

6 Besonders betroffen sind die Städte Khartum, Nyala, Geneina und andere urbane
7 Zentren, die systematisch zerstört wurden. Ganze Stadtviertel liegen in
8 Trümmern, Krankenhäuser und humanitäre Einrichtungen wurden geplündert oder
bombardiert. Die Strom- und Wasserversorgung ist in vielen Regionen
zusammengebrochen. Außerdem gibt es kaum noch medizinische Versorgung, da die
Krankenhäuser zerstört wurden. [2]

9 Besonders erschütternd ist die Gewalt, die gezielt gegen die Zivilbevölkerung
10 verübt wird. Die RSF wird für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich
11 gemacht, darunter ethnische Säuberungen insbesondere in der Region Darfur,
12 Massenvergewaltigungen, Verschleppungen und außergerichtliche
Hinrichtungen. In West-Darfur sprechen Beobachter:innen von einem systematischen
Genozid gegen die Masalit-Bevölkerung. Auch die sudanesische Armee
begeht schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter Luftangriffe auf bewohnte
Gebiete und die Rekrutierung von Kindersoldaten. [3]

13 Rund 10 Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht – einige davon
14 innerhalb des Landes, andere in Nachbarstaaten wie dem Tschad, dem Südsudan
15 und Ägypten. Die Lage in den überfüllten Flüchtlingslagern ist katastrophal: Es
16 fehlt an Nahrung, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung und
Sicherheit. Gleichzeitig ist der Zugang für internationale humanitäre Hilfe

extrem eingeschränkt – oft werden Hilfskonvois gezielt angegriffen oder blockiert.

17 Trotz dieser dramatischen Lage bleibt die internationale Reaktion erschreckend
18 zögerlich. Der Krieg im Sudan zählt als größte humanitäre Krise
19 derzeit, findet aber kaum mediale oder politische Aufmerksamkeit. [2]
20 Internationale Vermittlungsbemühungen bleiben wirkungslos, und der politische
21 Druck auf die Kriegsparteien ist minimal. Auch Deutschland und die EU werden
ihrer Verantwortung bislang nicht gerecht. Während Waffen weiterhin in
die Region gelangen, – teils über Drittstaaten – fehlt es an gezielter
humanitärer Unterstützung, politischem Engagement und klarer Verurteilung der
Kriegsverbrechen.

22 **Stabilität schaffen**

23 Deutschland muss seine **diplomatische Verantwortung wahrnehmen** und sich mit aller
24 Kraft für ein Ende der Gewalt im Sudan einsetzen. Gemeinsam mit der
25 Afrikanischen Union, der IGAD (Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde Ostafrikas)
26 und den Vereinten Nationen soll sich die Bundesregierung aktiv für
einen **sofortigen Waffenstillstand** stark machen. Dieser muss durch unabhängige
internationale Mechanismen überwacht und begleitet werden, um erneute
Eskalationen zu verhindern.

27 Zudem braucht es klare politische Konsequenzen. Auch wenn es von Deutschland
28 schon ein Waffenembargo gegen alle am Konflikt beteiligten Akteure gibt,
29 muss Deutschland sich im UN-Sicherheitsrat für ein umfassendes **Waffenembargo**,
30 sowohl gegen die sudanesisch Armee (SAF) als auch gegen die
31 paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) einsetzen. Die Bundesregierung muss
sich für eine internationale Aufarbeitung einsetzen und dafür sorgen,
dass Verbrechen wie ethnische Säuberungen, Massenvergewaltigungen und gezielte
Angriffe auf die Zivilbevölkerung nicht straflos bleiben. Parallel dazu
soll sich Deutschland auf EU-Ebene für **gezielte Sanktionen gegen
Kriegsverantwortliche** einsetzen.

32 Ein zentrales politisches Signal ist dabei die klare **Unterstützung für eine zivil
33 geführte Übergangsregierung im Sudan**. Deutschland darf sich nicht
34 mit symbolischen Gesten begnügen, sondern soll eine solche Regierung diplomatisch
anerkennen, öffentlich unterstützen und konkret mit Ressourcen
ausstatten – etwa durch institutionellen Aufbau, Beratung, Schutzmaßnahmen und
finanzielle Hilfe.

35 **Humanitäre Hilfe ausbauen**

36 Um dem eskalierenden Leid im Sudan gerecht zu werden, fordern wir eine
37

38 entschlossene humanitäre und politische Reaktion der Bundesregierung.
39 Deutschland muss seine humanitäre Unterstützung für die sudanesishe
Zivilbevölkerung massiv ausbauen. Konkret fordern wir, die **Hilfsleistungen auf**
mindestens 500 Millionen Euro jährlich aufzustocken. Diese Mittel sollen der
akuten Nothilfe im Sudan selbst, der Versorgung von Geflüchteten in den
Nachbarländern, sowie dem Wiederaufbau lebenswichtiger Infrastruktur
zugutekommen.

40 Zudem braucht es einen **besseren Zugang für humanitäre Organisationen**, die häufig
41 unter Lebensgefahr arbeiten. Deutschland muss sich diplomatisch dafür
einsetzen, dass Hilfslieferungen ungehindert die betroffenen Gebiete erreichen
können.

42 Humanitäre Hilfe darf dabei niemals an politische Interessen oder
43 migrationspolitische Erwägungen geknüpft sein. Die Menschen im Sudan haben ein
44 Recht
auf Schutz, Unterstützung und ein Leben in Würde – unabhängig davon, ob sie in
der Region bleiben oder Zuflucht in Europa suchen. Wir fordern daher
auch sichere und legale Fluchtwege für Schutzsuchende.

45 **Schutz gewährleisten**

46 Deutschland muss denjenigen Schutz bieten, die im Sudan besonders gefährdet sind.
47 Es braucht ein **humanitäres Aufnahmeprogramm für mindestens 1 000**
48 **besonders schutzbedürftige Menschen** – darunter Aktivist:innen, Journalist:innen,
49 queere Personen sowie Überlebende sexualisierter Gewalt. Die
50 **Verfahren zur Einreise und Visavergabe müssen dabei schnell, sicher und**
unbürokratisch gestaltet werden. In einer Situation, in der jede Verzögerung
lebensgefährlich sein kann, dürfen Schutzsuchende nicht durch übermäßige
Bürokratie oder langwierige Verfahren daran gehindert werden, in Sicherheit
zu gelangen.

51 Darüber hinaus braucht es ein sofortiges und dauerhaftes **Abschiebemoratorium** für
52 sudanesishe Staatsangehörige. Niemand darf in ein Land
53 zurückgeschickt werden, in dem bewaffnete Konflikte, staatliche Gewalt, Hunger
54 und massive Unsicherheit herrschen. Auch die **Dublin-Verfahren müssen**
ausgesetzt werden, denn sie führen in vielen Fällen dazu, dass Geflüchtete in
europäische Nachbarländer abgeschoben werden, die selbst mit
überlasteten Asylsystemen zu kämpfen haben und keinen ausreichenden Schutz
gewährleisten können.

55 Wir als Grüne Jugend stehen solidarisch an der Seite der sudanesischen
Bevölkerung und Forderungen deshalb:

- 56 • Aktives Eintreten der Bundesregierung für einen Waffenstillstand
- 57 • Initiative im UN-Sicherheitsrat für ein umfassendes Waffenembargo gegen alle an dem Konflikt beteiligten Kriegsparteien
- 58 • Einsatz auf EU-Ebene für gezielte Sanktionen gegen Kriagsverantwortliche
- 59 • Unterstützung für eine zivile Übergangsregierung
- 60 • Erhöhung der humanitären Hilfe auf mindestens 500 Millionen Euro jährlich
- 61 • Diplomatischer Einsatz für sicheren und ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe in alle betroffenen Gebiete
- 62 • Auflegung eines humanitären Aufnahmeprogramms für mindestens 1.000 besonders schutzbedürftige Menschen
- 63 • Unbürokratische und schnelle Visavergabe
- 64 • Einführung eines Abschiebestopps für sudanesishe Staatsangehörige
- 65 • Aussetzung der Dublin-Verfahren für Schutzsuchende aus dem Sudan

66 Quellen:

- 67 1 <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54699/sudan/>
- 68 2 <https://youtu.be/Ha1lx7DvC0k?si=iMj0JbkNMUbK3h1>
- 69 3 https://www.genocidewatch.com/single-post/sudan-genocide-emergency-january-2025?utm_source=chatgpt.com